



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag** der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Gisela Sengl, Markus Ganserer, Rosi Steinberger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/5191, 17/6044

### **Bericht zur Perspektive der standortnahen Atommüllzwischenlager in Bayern nach der Aufhebung der Genehmigung für das Zwischenlager Brunsbüttel**

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag baldmöglichst über die Perspektiven der bayerischen standortnahen Zwischenlager für abgebrannte Brennelemente zu berichten.

In dem Bericht ist insbesondere darauf einzugehen,

- welche Konsequenzen sich nach Ansicht des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz aus den genannten Urteilen des Bundesverwaltungsgerichts und des OVG Schleswig ergeben,
- ob die Anforderungen des OVG Schleswig in seinem Urteil vom 19. Juni 2013 für die bayerischen Zwischenlager erfüllt sind,
- welche Maßnahmen die bayerische Atomaufsichtsbehörde gegenüber den Betreibern in Erwägung zieht oder bereits ergriffen hat,
- welche Kontakte es mit den Betreibern der Zwischenlager seit Bekanntwerden der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts am 16. Januar 2015 gab und welche Vereinbarungen dabei getroffen wurden,
- welche Ergebnisse die Beratungen auf Bund-Länder-Ebene hatten.

Die Präsidentin

I.V.

**Inge Aures**

II. Vizepräsidentin